

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 4/2011

29. April 2011

Die Vorstellung der neuen ÖVP-Regierungsmannschaft unter Michael Spindelegger hat die Sitzung des Nationalrats in dieser Woche dominiert. An inhaltlichen Themen standen die Ordnung der Staatsfinanzen und das Fremdenrecht im Mittelpunkt. Hier eine Zusammenfassung der wichtigsten Beschlüsse.

Neue ÖVP-Regierungsmannschaft unter Michael Spindelegger

Zu Beginn der Nationalratssitzung haben sich die neuen ÖVP-Regierungsmitglieder den Abgeordneten vorgestellt. Unser neuer Vizekanzler Michael Spindelegger hat klar zum Ausdruck gebracht, dass er für eine verlässliche, ehrliche Politik steht, aber auch neue Akzente verstärkt einbringen will. Das politische Profil der ÖVP hat er so zusammengefasst: "Wir stehen in der Mitte, wir werden in der Mitte bleiben und gute Regierungsarbeit machen. Das Motto ist: Nicht kuscheln, nicht streiten, sondern konstruktiv im Interesse Österreichs arbeiten."

Ich habe nicht nur Michael Spindelegger selbst, sondern auch die neue Finanzministerin Maria Fekter, die neue Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und die neue Justizministerin Beatrix Karl in ihrer Zeit als Nationalratsabgeordnete als verlässliche politische Persönlichkeiten kennengelernt. Auch die anderen neuen Regierungsmitglieder, nämlich Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle, Staatssekretär Wolfgang Waldner und Staatssekretär Sebastian Kurz haben bei ihrer Vorstellung im Nationalrat einen guten Eindruck hinterlassen.

Schuldenabbau: Ausgaben der Ministerien werden begrenzt

Damit genug Geld für die wichtigen Dinge da ist, muss rechtzeitig gespart werden. Das gilt auch für den Staat. Daher gibt es einen Finanzrahmen, der schon jetzt festlegt, wie viel Geld bis 2015 ausgegeben werden darf und wie viel eingespart werden muss.

Dieses Finanzrahmengesetz hat der Nationalrat in Erster Lesung diskutiert. Es enthält die maximal möglichen Ausgaben der einzelnen Ministerien bis zum Jahr 2015. Das Staatsdefizit wird demnach im Jahr 2013 unter die Drei-Prozent-Grenze sinken. Der erste Schritt zum Schuldenabbau wird damit getan. Dadurch wird Geld frei für Zukunftsinvestitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Asylwerber müssen an ihrem Verfahren aktiv mitwirken

Ein Teil des gestern beschlossenen Fremdenrechtspakets geht auf die seinerzeitige Diskussion über das Asyleraufnahmestützpunkt Eberau zurück. Der damals entstandene Vorschlag einer "Mitwirkungspflicht" wird nun Gesetz. Asylwerber müssen demnach in den ersten Tagen ihres Verfahrens in der Erstaufnahmestelle bleiben, wo sie für Untersuchungen, Befragungen etc. zur Verfügung stehen müssen. Erst dann kommen sie in ihre eigentlichen Quartiere. Bisher sind nämlich viele Asylwerber unmittelbar nach der Einreise in die Illegalität abgetaucht oder wurden von Schleppern in andere EU-Länder weitertransportiert.

Rot-Weiß-Rot-Karte ermöglicht kontrollierten Arbeitskräftezugang

Die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte wird durch die Rot-Weiß-Rot-Karte auf neue Beine gestellt. Sie soll qualifizierten ausländischen Arbeitnehmern die Beschäftigung in Österreich ermöglichen, wenn klar nachvollziehbare Kriterien erfüllt werden.

Künftig muss eine bestimmte Punktezahl erreicht werden, wenn ein Zuwanderer in Österreich arbeiten möchte. Kriterien sind Alter, Sprachkenntnis und Berufserfahrung. Damit können gut qualifizierte Zuwanderer eine Beschäftigungsbewilligung erhalten und Fachkräfte geholt werden, in deren Berufen in Österreich ein Mangel herrscht.

Angehörige, die einer ausländischen Arbeitskraft nach Österreich folgen wollen, müssen künftig vor der Einwanderung grundlegende Deutschkenntnisse vorweisen. Derzeit leben viele dieser Angehörigen in Österreich isoliert, weil sie keine Außenkontakte pflegen können.

Kriminalitätsbekämpfung: Kommunikationsdaten werden sechs Monate gespeichert

Die neue Vorratsdatenspeicherung bezieht sich auf Kommunikationsdaten von Telefon, Handy, E-Mail und Internet. Die Netzbetreiber müssen die Grunddaten künftig sechs Monate speichern, um den Behörden die Ermittlungen in Strafsachen oder bei der Kriminalitätsbekämpfung zu erleichtern. Die Inhalte von Telefonaten oder E-Mails werden nicht gespeichert. Die Ermittlungsbehörden können auf die Daten zugreifen, wenn eine richterliche Bewilligung vorliegt und wenn es um ein Delikt geht, für das die Strafdrohung höher als ein Jahr ist. In Ausnahmefällen kann ohne richterliche Bewilligung auf Daten zugegriffen werden, etwa zur allgemeinen Hilfeleistung, zur Gefahrenabwehr oder zur Handy-Ortung von gefährdeten Personen.

Fahrradhelme für Kinder künftig Pflicht

Für Kinder bis zum 12. Lebensjahr gilt ab 31. Mai eine Radhelmpflicht. Begleitpersonen müssen Sorge tragen, dass das Kind, wenn es Rad fährt, einen Sturzhelm trägt. Eine Verletzung dieser Vorschrift stellt allerdings keine Verwaltungsübertretung dar und wird daher nicht bestraft. Im Jahr 2009 wurden im Straßenverkehr 5.417 Radler verletzt und 39 getötet.

Außerdem wurde in der Straßenverkehrsordnung festgelegt, dass ein Halteverbot künftig auch mit am Straßenrand angebrachten gelben Linien ausgedrückt werden kann.

Wissenschaft/Polizei: Partnerschaften mit Osteuropa werden verstärkt

Ein Hochschulabkommen verstärkt die Zusammenarbeit der österreichischen Universitäten mit Bildungseinrichtungen aus Ost- und Südosteuropa. Österreich stellt 1.100 Stipendien-Monate für Studenten aus Osteuropa zur Verfügung. Ein weiteres internationales Abkommen, das der Nationalrat verabschiedet hat, intensiviert die polizeiliche Zusammenarbeit mit den Staaten Südosteuropas.

Einsatz von Lehrern an verschiedenen Schultypen wird flexibler

Mehr Flexibilität wird beim Einsatz von Lehrern möglich. Künftig können Pflichtschullehrer an mehr Schultypen eingesetzt werden als bisher. Im Rahmen der Neuen Mittelschule können sie nun auch an AHS oder als Berufsschullehrer an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen unterrichten.

Besuch von Bundesschulen muss für Körperbehinderte möglich sein

Bauliche Barrieren sollen künftig kein Hindernis für körperbehinderte Schüler sein, eine Bundesschule zu besuchen. In einer Entschließung haben wir die Unterrichtsministerin aufgefordert, dafür die Vorkehrungen zu treffen.

Mit den besten Wünschen

Franz Glaser
Abgeordneter zum Nationalrat